Warum müssen „arbeitsfähige“ Asylbewerber nicht arbeiten?

Deutschland hat immense Probleme. Und die Massenmigration und der Fachkräftemangel sind nur zwei davon. Nun hat ausgerechnet die CDU auf einen katastrophalen Umstand hingewiesen, der beide Themen in direkten Zusammenhang bringt.

In unserem Land beziehen derzeit 587.000 erwerbsfähige Zuwanderer aus Syrien, Afghanistan und Irak Bürgergeld, im Durchschnitt 743 Euro im Monat. Summiert sind das 436 Millionen Euro – jeden Monat.

Bevor Sie sich empören, dass es die Politik der CDU-Bundeskanzlerin Merkel gewesen ist, die uns diese Zustände beschert hat, es ist immerhin erfreulich, dass einige in der Union endlich begreifen, was hier seit 2015 so furchtbar schiefläuft.

Und warum eigentlich nicht früher?

Die CDU fordert jetzt eine Arbeitspflicht für diese Menschen. Schöne Forderung, aber wie wollen sie das durchsetzen, unabhängig davon, dass sie gar nicht regieren? Fast 600.000 vornehmlich junge Männer aus so sympathischen Ländern?

+++Wir brauchen Ihre Unterstützung+++Bitte spenden Sie auf PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Wenn diese Bürgergeld-Empfänger „erwerbsfähig“ sind, bedeutet das in Deutschland, dass sie mindestens drei Stunden am Tag arbeiten könnten, vielleicht gemeinnützig, Parkanlagen säubern oder so etwas. Aber sie machen es nicht, wahrscheinlich werden sie nicht einmal aufgefordert dazu.

Und: mehr als die Hälfte von Ihnen haben nach offiziellen Angaben keine ausreichenden Deutschkenntnisse, um sich verständigen zu können. Auch da stellt sich mir die Frage: Warum eigentlich nicht?

Wie bei so vielen Themen, unser Staat ist unfähig, konsequent Lösungen zu suchen und zu finden, wenn Probleme entstehen.

Wer hier lebt und von uns seinen Lebensunterhalt bezieht, der muss eine Gegenleistung bringen. Und wer die nicht bringt, der bekommt eben kein Geld, kein Handy mehr. Und wer abgelehnter Asylbewerber ist, der muss raus…